

Neue Zeiten für DIE LINKE: Den Aufbruch organisieren



Die Ergebnisse des Wahljahres 2019 haben eines deutlich gemacht: unsere Gesellschaft hat sich tiefgreifend verändert. Die Konfliktlinien verschärfen sich zunehmend zwischen Arm und Reich, Nachhaltigkeit und Raubbau, Humanismus und Abschottung. DIE LINKE muss innerhalb dieser Konflikte

ihre Funktion als soziale, ökologische und friedenspolitische Kraft neu bestimmen und dabei konsequenter Stellung beziehen. Es geht um unseren Gebrauchswert, aber auch um unser Ziel eines demokratischen Sozialismus. Es geht darum, diejenigen zu organisieren und mit ihnen Politik zu gestalten,

welche die Auswüchse des Kapitalismus erkennen und darunter zu leiden haben.

Die 3. Tagung des 6. Landesparteitags der LINKEN Brandenburg am 14. Dezember 2019 in Potsdam ist eine wichtige Etappe zur Neuaufstellung unserer Partei. Gemeinsam wollen wir die eigene Arbeit auf den Prüfstand stellen, die Landtagswahl 2019 auswerten und Schlussfolgerungen ziehen. Dabei stellt sich die Frage, wie die Brandenburger LINKE nun in der Opposition erkennbar und wirksam werden kann. Es braucht eine starke linke Opposition gegen die neue Landesregierung und gegen die Rechten.

Wir bitten die Mitglieder und Sympathisant*innen der LINKEN, sich aktiv in diese wichtige Debatte einzubringen. Der Beitrag jeder und jedes Einzelnen ist wichtig! Nur gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam können wir DIE LINKE in und für Brandenburg wieder erfolgreich machen!

ROLAND GEHRMANN
KREISVORSITZENDER DIE LINKE.POTSDAM

Zuwachs für DIE LINKE in Potsdam

Stadtfraktionsmitglied Dr. Anja Günther als Neumitglied der Potsdamer LINKEN herzlich begrüßt

Die Potsdamer Stadtverordnete der Linksfraktion, Dr. Anja Günther, erklärte am 23. Oktober 2019 ihren Eintritt in die Partei DIE LINKE. Damit erhält der Stadtverband der Partei weitere Unterstützung. „Durch die vertrauensvolle und solidarische Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen sowie meine Arbeit als Mitglied in der Linksfraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung ist mir die LINKE eine politische Heimat geworden. Das Ergebnis der Landtagswahl hat mich bestärkt, dass es jetzt an der Zeit ist, sich parteipolitisch zu positionieren und damit für die eigene politische Überzeugung einzutreten.“

Dr. Günther vertritt die LINKEN im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau-

en, Wirtschaft und Entwicklung ländlicher Raum und im Finanzausschuss. Sie ist für die Linksfraktion auch im Aufsichtsrat der Technologie- und Gründerzentren Potsdam GmbH aktiv. Beruflich arbeitet sie als Projektkoordinatorin an der Technischen Universität Berlin. „Ich möchte mich in der Partei Die LINKE aktiv für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, Chancengleichheit, Frauenförderung sowie für die Förderung von Innovationen einsetzen“, so Anja Günther. Die frisch gewählten Vorsitzenden der Potsdamer LINKEN Martina Trauth und Roland Gehrmann freuen sich auf den Zuwachs einer weiteren jungen, kompetenten und durchsetzungsstarken Frau für die Partei. „Insofern freue ich mich über Anja



Günthers Schritt, DIE LINKE durch ihren Beitritt zu verstärken“, so Roland Gehrmann. Martin Trauth ergänzt: „Wir schätzen die Arbeit von Anja Günther in der Stadtfraktion sehr und freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit in unserer Partei.“

In dieser Ausgabe

LINKS kommentiert

2 Jörg Schindler: DIE LINKE kann gewinnen!

LINKS im Bundestag

3 Norbert Müller (MdB) zur Kinder- und Jugendarmut/Hartz IV/ Glückwünsche für neuen Fraktionsvorstand im Bundestag

LINKE Kalenderblätter

4 Das Ende der Sowjetunion/ Kalenderblätter Dezember

LINKS IM RATHAUS

5 Neue Hybrid-Busse/Bahnunterführung/Eine Schule aus Holz/Fahrland im Blick

LINKS DIREKT

6 Gregor Gysi zu Besuch bei der AWO/Cuba si sammelt Spenden/Hartz IV und die Menschenwürde/Stadtverwaltung plant neue Standort

DIE LETZTE SEITE

8 AG Senioren mit Veranstaltung zur Pflege/ Gratulation für Charlotte Lux/ Faschingsstart in Potsdam/ Filmpark in der kalten Jahreszeit

Wir wünschen allen Potsdamer*innen und ihren Gästen viel Freude und Besinnlichkeit zu den Festtagen sowie einen „guten Rutsch“ ins neue Jahr 2020!
Der Kreisvorstand und die Stadtfraktion der Partei DIE LINKE.Potsdam/ Die Redaktion

Informationen der Redaktion

Die erste Ausgabe 2020 erscheint am 14. Januar 2020.

Redaktionsschluss ist jedoch schon am 18. Dezember 2019.

Die Redaktion

DIE LINKE kann gewinnen!



Auf der Wahlparty in Erfurt

DIE LINKE kann gewinnen - das ist die entscheidende Botschaft des aktuellen Wahlergebnisses in Thüringen. Es zeigt das enorme Potential der LINKEN. Sie hat auf hohem Niveau zugelegt, an Stimmen, aber auch an Kompetenzzuschreibung. Knapp zwei Monate nach den Wahlniederlagen in Sachsen und Brandenburg hat sie bei gestiegener Wahlbeteiligung das beste Ergebnis jemals bei einer Landtagswahl eingefahren, wurde erstmals stärkste Kraft.

Dabei muss man feststellen: Weder die Bundesrepublik noch DIE LINKE hat sich seit den Wahlen in Brandenburg und Sachsen grundlegend verändert. Es ist die gleiche LINKE, die einmal verloren und einmal gewonnen hat. Eine Analyse, die überzeugt, muss das erklären.

Ein Punkt ist dabei, dass sich bestimmte Effekte je nach Bundesland unterschiedlich ausgewirkt haben. So hat das Wahlergebnis in Thüringen bestätigt, was schon nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg gesagt wurde: Die Polarisierung gegen die AfD hat die andere Partei gestärkt, die am ehesten Chancen hatte, stärkste Kraft zu werden. In Brandenburg war das die SPD, in Sachsen die CDU, und in Thüringen DIE LINKE. Dabei gibt es allerdings einen Unterschied: Die gefeierten Sieger in Brandenburg und Sachsen haben gegenüber ihrem letzten Wahlergebnis tatsächlich verloren. DIE LINKE in Thüringen hat wirklich gewonnen.

Klar ist auch, dass der vielbeschworene »Bodo-Effekt« gewirkt hat. Bodo hat be-

eindruckende Beliebtheitswerte und wird von knapp der Hälfte der neuen LINKEN-Wählerinnen und -Wähler als ausschlaggebend für die Wahlentscheidung genannt. Der »Bodo-Effekt« hat aber noch einen anderen Aspekt: Während der LINKEN auf Bundesebene dank entsprechender Medienberichte noch immer der Ruf anhaftet, zerstritten zu sein, erschien sie in Thüringen einig. Mehr als das: Aus ganz Deutschland kamen Linke, um in Thüringen den Wahlkampf zu unterstützen. Die Solidarität der gesamten Partei wird deutlich zu spüren.

Auch hat sich bestätigt, dass Parteien gewinnen, wo sie eine wahrnehmbare Funktion haben. Und das ist erstmal unabhängig von der Regierungsfrage. So wohl eine profilierte Opposition, als auch eine profilierte Regierungspartei hat eine Funktion. In Bremen und Thüringen nutzte uns die Regierungsoption, in Brandenburg nicht. In Thüringen verlor am stärksten die CDU, die sich mit dem Abschluss von Koalitionen sowohl mit AfD als auch der LINKEN jeder Regierungsoption beraubte, ohne sich je erfolgreich als Oppositionspartei profiliert zu haben.

Die Klimafrage wurde auch in Thüringen als wichtiges Thema benannt. Doch profitierte sich einmal mehr, dass es in der Wahlkabine keinen zweiten Platz gibt. In einer Situation, in der sich die Landesregierung durchaus insgesamt klimapolitisch profiliert hat, genügte vor dem Hintergrund der Polarisierung gegen die AfD und einer Dominanz sozialer Themen der

gewachsene, aber noch relativ bescheidene Kompetenzwert von sieben (gegenüber 31 bei den Grünen), um DIE LINKE als die insgesamt beste Wahl erscheinen zu lassen.

Dass DIE LINKE eine Partei der Mitte sei, trifft zumindest auf die Verteilung der Wählerinnen und Wähler zu. Die Wahlergebnisse sind bei allen Alters-, Berufsgruppen und Bildungsständen gut. Mit 22 Prozent unterdurchschnittlich vertreten sind Selbstständige. Überdurchschnittlich: Menschen über 60 und mit hohem Bildungsabschluss. Aber auch bei den Jungen (22 %) sowie den Arbeiterinnen und Arbeitern (31 %) kann sich das Ergebnis sehen lassen. Interessant: Die Stimmzuwächse verdankt DIE LINKE auch einem gewachsenen Frauenanteil in allen Gruppen.

Das alles war nur möglich, weil DIE LINKE sich hier geschlossen aufgestellt hat. Nicht ohne Kontroversen, nicht ohne Kompromisse, aber grundsolidarisch. Für mich wird deutlich: Nicht das Immer-Recht-Haben ist entscheidend für nachhaltig erfolgreiche Arbeit, sondern spürbar ernsthaftes Bemühen, nah an den Menschen zu sein und mit eine gute Fehlerkultur zu pflegen. Das ist es, was die Bundespartei in meinen Augen von den Thüringern lernen kann: Nicht die einzig wahre Linie, sondern die Kultur der Zusammenarbeit.

Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer der LINKEN

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein, Lay-out, Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Bundesregierung versagt bei Kinderrechten

Alle fünf Jahre ist die Bundesrepublik aufgefordert ihren Bericht über die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bei den Vereinten Nationen vorzulegen. In einem ca. zweijährigen Verfahren hat außerdem die Zivilgesellschaft die Möglichkeit auf diesen zu reagieren, was in sogenannten Schattenberichten mündet. Der wohl wichtigste erscheint dabei aus der Feder der National Coalition, einem Zusammenschluss von fast 100 Kinderrechtsorganisationen von der AWO bis zu World Vision. Dieser stellt der Bundesregierung alles andere als ein gutes Zeugnis aus. In fast allen kinderpolitischen Bereichen gibt es aus Sicht der Expert*innen Nachholbedarf. Der bekannteste: Nach wie vor sind die Kinderrechte nicht im Grundgesetz verankert. Aber auch der unaufhörliche Waffenexport Deutschlands an Länder mit Kindersoldaten wird moniert. An der "Heimatfront" werden überdies nach wie vor 17-Jährige rekrutiert. Zwei Themenkomplexe sind besonders erdrückend:

Zum einen konstatiert der Bericht im Bereich der Kinderarmut, dass für immer mehr Kinder "ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit" (Art. 27 UN-KRK) nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Aktuell leben etwa drei Millionen Kinder und Jugendliche von staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung, und das auf Basis höchst umstrittener Berechnungen und der ständigen Androhung von Sanktionen, welche immer auch die Kinder betreffen. Zum anderen lässt vielerorts der Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendli-



Bundestagsabgeordneter Norbert Müller

Foto: DIE LINKE

chen vermuten, die essenziellen Kinderrechte würden für sie nur eingeschränkt gelten. Artikel 10 der Kinderrechtskonvention fordert die Vertragsstaaten dazu auf Familienzusammenführung „wohlwollend, human und beschleunigt“ zu bearbeiten. Ein größerer Kontrast zur Rechtspraxis in Deutschland ist kaum vorstellbar. Schließlich müssen Kinder und Jugendliche aufgrund der sogenannten Kontingentregelung befürchten, dass sie bis zu mehrere Jahre auf das Zusammenleben mit ihren Eltern warten müssen. Ganz zu schweigen davon, dass die Bundesregierung die Zusammenführung von Geschwistern weiterhin ablehnt.

Kinderrechte führen in der Politik von Union und SPD ein Schattendasein. Die Bundesregierung versagt bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention regelrecht, das wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der UN-Ausschuss feststellen, wenn es Mitte 2020 zur abschließenden Beurteilung Deutschlands kommt. Der Bericht gibt eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen, um daran etwas zu ändern. Als LINKE werden wir es nicht unterlassen, die Bundesregierung dazu drängen, diese endlich umzusetzen.

NORBERT MÜLLER (MdB)

Unser neues Spitzen-duo im Bundestag



Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat am 12. November 2019 ihre neue Spitze gewählt. Wir gratulieren Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch herzlich zur Wahl als Fraktionsvorsitzende! Gemeinsam werden wir weiter für eine soziale und friedliche Politik kämpfen!

Ziel bleibt: Weg mit HARTZ IV

„Das ist wirklich ein bemerkenswertes Urteil. Es gibt Rückenwind für den weiteren politischen Kampf für Sanktionsfreiheit. Ein Quantensprung für soziale Grundrechte“, erklärt Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Parteivorsitzende, zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vereinbarkeit von Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende mit dem Grundgesetz. Kipping weiter: „Das Bundesverfassungsgericht hat heute erklärt, dass Totalsanktionen, Sanktionen, die die Hartz-IV-Sätze um mehr als 30 Prozent mindern, und Sanktionen, die eine besondere Härte darstellen bzw. eine starre Dauer haben, mit der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip unvereinbar sind. Weiter heißt es im Urteil: Die Menschenwürde muss man sich nicht erarbeiten. Damit wird den geltenden Sanktionsregeln ein Riegel vorgeschoben.“

Dieser Erfolg wiegt umso schwerer, als Karlsruhe sich mit politischen Vorgaben zurückhält und lediglich die Verfassungsmäßigkeit prüft. Als LINKE werden wir nun der Bundesregierung und konkret Sozialminister Hubertus Heil auf die Finger schauen, dass die Umsetzung umgehend erfolgt. Zugleich geht der Kampf um politische Mehrheiten für die vollständige Sanktionsfreiheit und die Überwindung von Hartz IV weiter. Die gute Nachricht ist: Wir werden dabei immer mehr!“

Jugendarmut endlich wirksam bekämpfen

„Keine Altersgruppe ist so sehr durch Armut bedroht wie die der jungen Erwachsenen. Allein das ist ein Skandal. Dass ausgerechnet dieser Gruppe von Seiten des Jobcenters die meisten und härtesten Sanktionen erteilt werden, schlägt dem Fass den Boden aus. Die Studie bestätigt leider die Erkenntnisse, die wir bereits aus den bloßen Statistiken zur Einkommenssituation der Haushalte ablesen können. Junge Erwachsene sind in besonderem Maße von Armut betroffen“, sagt Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die aktuelle AWO-ISS-Langzeitstudie

zur Kinderarmut. Müller weiter: „Wie sich die Lage junger Menschen im Zuge der drohenden wirtschaftlichen Rezession weiter verschlechtert, wenn jetzt nicht gehandelt wird, möchte ich mir gar nicht ausmalen. Die Forderungen der AWO nach einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung unterstütze ich nachdrücklich. Aber auch Auszubildendenvergütungen und BAföG sind alles andere als armutsfest.“

Die Studie zeigt auch, wie wichtig die soziale Infrastruktur für den jeweiligen Lebensweg ist. Anstatt Jugendprojekte wie in den vergangenen Jahrzehnten zu kürzen, brauchen wir eine Offensive für die Kinder- und Jugendhilfe, bei Jugendclubs, in der Beratung und Begleitung junger Menschen. Die Sanktionierung im Hartz-IV-System muss endlich abgeschafft werden, so wie es auch schon die Kinderkommission des Bundestags gefordert hat.“

NORBERT MÜLLER (MdB)

WIR VERFOLGEN EIN KONKRETES ZIEL: WIR KÄMPFEN FÜR EINE GESELLSCHAFT, IN DER KEIN KIND IN ARMUT AUFWACHSEN MUSS, IN DER ALLE MENSCHEN SELBSTBESTIMMT IN FRIEDEN, WÜRDE UND SOZIALER SICHERHEIT LEBEN UND DIE GESellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

(AUS DER PRÄAMBEL DES PARTEIPROGRAMMS DER PARTEI DIE LINKE)



Kalenderblätter Dezember

1769

Geschenke aus Russland

Kaiserin Katharina II. von Russland schenkt am 24. Dezember Friedrich II. einen Pelz von schwarzen Füchsen und Mardern. In dem Begleitschreiben heißt es u.a.: sie, - die Füchse und Marder – sollen "den einzig ihnen möglichen Dienst" leisten "nämlich den, Eure Majestät vor der herrschenden großen Kälte zu bewahren."

1834

Diebesgut zu besichtigen

Der „Königl. Polizei-Direktor hiesiger Residenz, Flesche“ meldet am 1. Dezember: „Drei seidene bunte Halstücher, dem Anscheine nach Frauenzimmer-Halstücher, sind nebst einer in Perlen gestickten Börse, ziemlich großen Umfanges, hier als verdächtig angehalten worden. Wer sich als Eigenthümer gedachter Gegenstände auszuweisen vermag, der melde sich binnen vierzehntätiger Frist bei der unterzeichneten Polizeibehörde.“

1899

Es ist hundekalt

Mit -19,6 °C ist es die kälteste Nacht eines 15. Dezember in Potsdam seit Beginn der regelmäßigen Wetteraufzeichnungen 1893.

1934

Bekennende Kirche in Potsdam

Am 14. Dezember wird der Bruderrat der Bekennenden Kirche in der Potsdamer Pfingst-Gemeinde gebildet. Damit erweitert sich der christliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Potsdam.

1944

Die ersten Wehrmachtshelferinnen der Stadt

In der Potsdamer Kreisfrauenschaftsleitung (Junkerstraße 30; heute Guttenbergstraße) melden sich am 7. Dezember die ersten Mädchen und

Frauen für den Einsatz im „Wehrmachtshelferinnenkorps“, „...um in dieser ersten Zeit neue kriegsentscheidende Aufgaben zu übernehmen.“ (PT, 08. 12. 1944)

1949

Kriegsgefangene schreiben aus der Sowjetunion

Die „Märkische Volksstimme“ veröffentlicht am 7. Dezember einen Brief von Potsdamer Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion (Lager 2040) an die Ortsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft. Den Brief haben u.a. unterschrieben: Erich Bathe (Templiner Str. 10), Joachim Dähne (Zeppelinstr. 108) und Eduard Liedtke (Leipziger Str. 8). In dem Brief heißt es: „Nur eine kurze Zeit trennt uns noch von dem Augenblick, an dem wir den Heimatboden betreten werden. Jahrelang haben wir auf Vorposten gestanden und einen kleinen Teil von dem wieder gut gemacht, was wir der Sowjetunion an Schaden zufügten. Wir haben das Sowjetvolk in allen Lebenslagen schätzen und lieben gelernt und sind so zu wahren Freunden der Sowjetunion geworden. Wir versprechen Ihnen, daß wir den Kampf der

„Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ nach unserer Heimkehr unterstützen und jeder Antisowjethetze energisch entgegengetreten werden.“

1964

Fontanepreis verliehen

Auf einem Festakt am 30. Dezember in Potsdam durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Herbert Puchert, an Walter Kaufmann, Schriftsteller; Kurt-Hermann Kühn, Maler und Graphiker; Günther Herbig, musikalischer Oberleiter des HOT sowie an das Staatliche Sinfonieorchester Schwerin der Fontanepreis des Bezirkes Potsdam verliehen.

1984

Geöffnet am Heiligabend

Folgende Gaststätten sind am 24. Dezember in Potsdam von 18.00 – 24.00 Uhr geöffnet: "Ufergaststätte" und "Schlachteplatte" in Babelsberg.

Kollaps einer Weltmacht

Vor 28 Jahren hörte die Sowjetunion auf zu existieren: Staatspräsident Michail Gorbatschow trat am ersten Weihnachtstag 1991 zurück, die rote Staatsflagge mit Hammer und Sichel verschwand vom Dach des Moskauer Kreml. Gescheitert war die UdSSR. Geblieben ist bei vielen Russen die Sehnsucht nach ehemaliger Größe.

Den klinischen Tod der UdSSR offiziell festzustellen und unionsweit zu verkünden, blieb indes dem Staatspräsidenten vorbehalten – nicht zuletzt in seiner Rolle als oberster Notar des Landes. – Während die Menschen westlich der sowjetischen Staatsgrenze den ersten Weihnachtsfeiertag begingen, erschien Michail Gorbatschow am Abend des 25. Dezember 1991, am Ende eines ganz normalen Werktages in der UdSSR, plötzlich auf den Fernsehschirmen in den Wohnstuben der Einwohner zwischen Brest und Wladiwostok und verkündete gefasst:

„Liebe Landsleute, Mitbürgerler!“, so Gorbatschow: „Unter dem Druck der aktuellen Lage beende ich meine Tätigkeit auf dem Posten des Staatspräsidenten der UdSSR!“ – Seine Begründung und Analyse fielen ebenso

knapp aus:

„Das alte System ist zusammengebrochen, bevor das neue System beginnen konnte zu funktionieren. Kardinale Veränderungen in solch einem riesengroßen Land, noch dazu belastet

mit solch einem Erbe, können nicht ohne Schmerzen vor sich gehen, ohne Mühen und Erschütterungen.“ In jenen Tagen überschlugen sich die Ereignisse, bis schließlich der Oberste Sowjet der Sowjetunion am 26. De-

zember 1991 erklärte, die Sowjetunion werde zum Jahresende völkerrechtlich aufgelöst.

Das Volk in Russland nahm diese Nachricht allerdings eher apathisch zur Kenntnis. Die neue Freiheit brachte nicht die erhoffte Wende – im Gegenteil. Die Menschen hatten andere Probleme, sie kämpften jeden Tag ums Überleben. Politik, selbst das Schicksal des eigenen Landes, war nebensächlich geworden. Viele Lebensmittel waren knapp, Fleisch gab es schon lange nicht mehr, Zucker war rationiert.

Erst Wladimir Putin gelang es, die Verhältnisse zu stabilisieren, und wegen des Ölbooms begann sogar ein wirtschaftlicher Aufschwung. Für den Präsidenten war der Zusammenbruch der Sowjetunion die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. So sehen es heute auch viele Russen. In der russischen Bevölkerung bedauern immer noch 56 Prozent, dass die Sowjetunion zerfallen ist. 28 Prozent der Russen tut der Verlust dagegen nicht leid, wie eine Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums zum Jahrestag ergab.



Im Wald – aus dem Wald

Hoch umstritten ist der Schulcampus, der am Bahnhof Rehbrücke neu entstehen soll. Nicht nur wegen der in diesem Zusammenhang ebenfalls geplanten zwei Fußballplätze, sondern ganz grundsätzlich wegen des Eingriffs in den Waldbestand. Schon früh im Ver-



rufung des Klimanotstandes hat diese Debatte an Fahrt gewonnen. DIE LINKE. unterbreitete nun erstmals einen sehr konkreten Vorschlag. Gemeinsam mit Prof. Eike-Rosswag-Klinge von der TU Berlin stellten Dr. Anja Günther und Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg diesen Vorschlag der Öffentlichkeit und auch der Verwaltung vor. Danach soll der gesamte Schulcampus aus Gesamtschule, Förderschule und Hort sowie den zwei Sporthallen in Holzbauweise errichtet werden. Nicht nur die natürliche CO²-Speicherung könnte so vor Ort erhalten werden – die Holzbauweise bietet durch eine „atmende“ Hül-

le auch viele weitere Vorteile. So kann auf aufwendige Klimatechnik, wie sie in Betonbauten meist erforderlich ist, verzichtet und so der Energieverbrauch gesenkt werden. Auch das Lern- und Arbeitsklima in Holzgebäuden ist nach Studien aus bereits realisierten Projekten deutlich verbessert. In Zusammenarbeit mit dem Holzbaucorpus der TU Berlin würde DIE LINKE. an dieser Stelle gern ein erstes Modellprojekt realisieren. Nicht zuletzt, weil es sich natürlich hervorragend in den „Waldstadt“-Charakter einordnen würde. Die Verwaltung hat mit der Prüfung des Vorschlags begonnen. Wir bleiben dran!

fahren hatten die Stadtverordneten deshalb beschlossen, dass an dieser Stelle möglichst nachhaltig gebaut werden soll. Mit dem Beschluss zur Aus-

Hybrid-O-Busse – Für einen ökologischen ÖPNV

DIE LINKE in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Oberbürgermeister in einer detaillierten Untersuchung die Einführung von Oberleitungsbussen mit Batterie (sog. Hybrid-O-Busse) im Potsdamer Stadtverkehr untersuchen zu lassen. Die Machbarkeitsstudie soll dabei die Erfahrungen von Städten, die Hybrid-O-Busse bereits einsetzen, z.B. Eberswalde, Solingen und Zürich berücksichtigen. Wir setzen uns für eine mögliche Wiedereinführung des O-Busses als Verkehrssystem in Potsdam ein. Gemeint ist hierbei explizit nicht jene ursprüngliche Betriebsform, wie es sie bis 1995 in Potsdam gab. Hierbei war das gesamte Netz mit Oberleitungen ausgestattet. Gemeint ist hingegen eine modernere, sich zunehmend verbreitende Betriebsform. Diese setzt auf eine Kombination von O-Bus und Batteriebus, den Elektrohybridbus. Konven-



tionelle Batteriebusse werden nur stationär geladen, entweder auf dem Betriebsbahnhof oder an den Endhaltestellen. Hybrid-O-Busse laden unter Fahrt mit Oberleitung ihre Batterien auf bzw. nach und überbrücken dann oberleitungsfreie Abschnitte. Das erlaubt den Verzicht auf Oberleitungsweichen oder Oberleitungskreuzungen und ermöglicht vollelektrischen Regelbetrieb auf Strecken ohne Oberleitung. Diese oberleitungsfreien Abschnitte können bis zu 30 km lang sein. Der Hybrid-O-Bus ist

nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich. Durch die ständige Nachladung während der Fahrt sind Reichweite und Einsatzzeit praktisch unbegrenzt, Stehzeiten zum Aufladen der Batterie entfallen. Die Hybrid-O-Busse vereinen die Vorteile der Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit des reinen Oberleitungsbusses mit der Flexibilität des Batteriebusse.

SASCHA KRÄMER, STADTVERORDNETER
FOTO: (C) KARSTEN MÜLLER, DBV

Entlastung an Bahnübergängen schaffen

In Potsdam gibt es einige Bahnübergänge, die Hauptverkehrsstraßen kreuzen. Dazu gehört insbesondere der Übergang am Bahnhof Medienstadt, der bei geschlossenen Schranken den Verkehr in der Großbeerenstraße, der August-Bebel-Straße und der Wetzlarer Straße wesentlich beeinflusst. Dabei geht es nicht nur um den intensiven Betrieb der Regionalbahn, sondern auch um unregelmäßige Durchfahrten von Güterver-

kehrszügen. Von den oftmals langen Staus sind nicht nur Autofahrer, sondern auch Radfahrer, Fußgänger und insbesondere die Anwohner betroffen. Deshalb gibt es seit längerem die Forderung nach dem Bau einer Unterführung am Bahnhof Medienstadt, die allerdings bisher an der Finanzierung scheiterte. Da jetzt völlig überraschend aus der neuen brandenburgischen Regierungskoalition signalisiert wird, sich

dieser Frage annehmen zu wollen und entsprechende Mittel bereit zu stellen, sollte die Stadt zügig die notwendigen Vorbereitungen treffen. Deshalb beantragt die Linksfraktion, dass eine Prioritätenliste für die Bahnübergänge in Potsdam erarbeitet wird, um entsprechende Anträge beim Land stellen zu können.

DR. HANS-JÜRGEN SCHARFENBERG

Für eine soziale Entwicklung im Ortsteil Fahrland



Gleich drei von der LINKEN für die Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingereichte Anträge greifen Problemstellungen des wachsenden Ortsteils Fahrland auf. Vorbereitet wurden sie von unserer Stadtverordneten Tina Lange und dem Ortsvorsteher Stefan Matz. Der politische Schwerpunkt der Anträge liegt auf der Sicherung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Dazu soll die Fördergebietskulisse des Landes für Wohnraum auch auf die stark wachsenden nördlichen Ortsteile ausgedehnt werden. Bisher endet sie am Campus Jungfernsee. Damit soll gesichert werden, dass mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen dort gebaut werden können, wo die Entwicklungspotenziale am größten sind.

Der Antrag „Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße“ zielt auch auf die Schaffung bezahlbarer kommunaler Wohnungen im Ortsteil Fahrland ab, die es bisher nicht gibt. Dazu soll ein Teil der in kommunalem Eigentum befindlichen Flächen im B-Planareal Nr. 132 „Am Friedhof“ nicht verkauft, sondern für den Bau von kommunalen Wohnungen genutzt werden, von denen 50% belegungsgebunden sind.

Die Regenbogenschule in Fahrland platzt aus alle Nähten und muss erweitert werden. Das soll aber noch mindestens 6 Jahre dauern. Die dafür geplante Fläche ist problembehaftet: Sie liegt im Landschaftsschutzgebiet und muss z.T. erst durch die Stadt erworben werden. Bis die planungsrechtlichen Voraussetzungen geklärt sind, soll eine kommunale Ersatzfläche an der neuen Straße „Am Fahrländer Mühlenberg“ für die Schul- und Horterweiterung vorgehalten werden. Sie darf solange weder veräußert noch bebaut werden.

TINA LANGE UND STEFAN WOLLENBERG

Der Mann mit den sechs Leben

AWO-Ehrenamtsagentur im Jubiläumsjahr der AWO mit besonderen Veranstaltungen



Gregor Gysi im Treffpunkt Freizeit

Fotos: Bernd Martin

Die Ehrenamtsagentur des AWO Bezirksverbandes Potsdam e.V. startete im April 2019 eine neue Veranstaltungsreihe: "Forum Ehrenamt". Zur ersten Veranstaltung im großen Saal des Potsdam Museums war Michael Tsokos, Professor für Rechtsmedizin und international anerkannter Experte auf dem Gebiet der Forensik sowie Leiter des Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin Berlin, eingeladen. Seine Bücher über spektakuläre Fälle aus der Rechtsmedizin sind allesamt Bestseller. Tsokos las aus seinem neuen Thriller: "Abgeschlagen".

Die zweite Runde lief im Juni 2019 über die Bühne im Bürgerhaus Am Schlaatz. Im Gegensatz zum Teil 1 vom „Forum Ehrenamt“ dieses Mal Musik und Literatur im Mittelpunkt. Bettina Wegner und Karsten Troyka enttäuschten ebenfalls ihr Publikum nicht. Wegner bekannt u. a. mit ihrem wahrhaft weltberühmten Song aus den 70er Jahren des vergangenen

Jahrhunderts „Kinder“ – die meisten Menschen kennen die erste Zeile des Liedes „Sind so kleine Hände“. Ihr Partner Karsten Troyka – ein deutscher Chansonsänger, Schauspieler und Sprecher, der sich vor allem mit jiddischen Liedern einen internationalen Namen machte. Er gilt als einer der bedeutendsten Interpreten dieses Genres in Europa. Das war der zweite Erfolg vom „Forum Ehrenamt“.

Gregor Gysis Autobiografie "Ein Leben ist zu wenig" – ein Geschichts-Buch, das die Erschütterungen und Extreme, die Entwürfe und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts auf sehr persönliche Weise erlebbar macht stand nun im Mittelpunkt der dritten Veranstaltung vom „Forum Ehrenamt“ am 23. Oktober 2019. Und Gysi wirkte wie ein Magnet: Der Saal im ehemaligen Pionierhaus und heutigen Treffpunkt Freizeit war proppenvoll.

„Ich habe gelernt, dass man Sätze nicht mit ‚Ich‘ beginnt“, heißt es im

Prolog seiner Autobiografie „Ein Leben ist zu wenig“. Und der erste Satz des gleichen Buches beginnt mit „Ich...“. „Jetzt wissen Sie, was für ein Typ Mensch ich bin“; sagte Gregor Gysi wendete sich an sein Publikum, das den Zuschauerraum im Theatersaal des Treffpunkt Freizeit Potsdam am 23. Oktober (über)ausfüllte.

Pointenreich und selbstironisch erzählte Gregor Gysi, der Jurist und letzte Vorsitzende der SED, der jahrelange Fraktionsvorsitzende der PDS im Deutschen Bundestag und spätere Vorsitzender der Linksfraktion und Oppositionsführer in der Legislaturperiode des 18. Bundestages und inzwischen Präsident der Europäischen Linken über seine „sechs Leben“. Stichwortgeber und direktes Gegenüber auf der Bühne der Journalist Hans-Dieter Schütt (von Gysi zwischendrin locker als Karl Marx bezeichnet), der bei angeschnittenen Themen immer wieder nach Beispielen fragte und so dafür sorgte, dass Gysi eine Geschichte nach der anderen erzählte. Wie die von seinem Ur-

immer noch nicht die gleiche Rente für gleiche Lebensleistung gezahlt werde. Oder, dass die Fehler und Versäumnisse beim Zusammenführen von DDR und Bundesrepublik, „von dem Westen; der nicht aufhören wollte zu siegen“, endlich von den Verantwortlichen eingeräumt würden. Und auf soziale Gerechtigkeit angesprochen unterstrich er, dass der „chancengleiche Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur für alle Kinder und Jugendlichen“ eine zentrale Aufgabe sei, der sich die aktuelle Politik dringend stellen müsse. Solche Sätze ernteten viel Applaus.

Zum Ende wieder direkt an das Publikum gewandt, gab es noch eine Weisheit von dem inzwischen 71-jährigen an die Alten: „Bestimmen Sie, wann Sie alt sind und nutzen ab dann die Privilegien des Alters.“ Sie sollten nicht geizig zu sich selbst sein, sondern sich lang gehegte Lebensträume erfüllen. In der Pause signierte Gysi sein Buch und begrüßte die älteste Potsdamerin Charlotte Lux, eine LINKE wie er. Gregor Gysis Credo: „Ich bin



urururgroßvater, ein Hühnerzüchter aus Görlitz, der Vögel aus China importierte, weil die nicht so dünn waren wie das heimische Federvieh und das ganze Jahr – und nicht nur in der Saison – Eier legten. Dafür sei seinem Vorfahren ein Denkmal in Görlitz errichtet worden. „Wann immer Sie also in ein Hühnerbein beißen oder ein Ei essen, denken Sie ab sofort immer an meinen Urururgroßvater.“ Dann war da noch sein Vater Klaus Gysi, u. a. Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Italien, im Vatikan und auf Malta, über den immerhin zwei Witze in der DDR kursierten... und, und.

Es sind die sozialen Themen, die Wiedervereinigung und Fehler in der Politik, die den überzeugten LINKEN für kurze Momente sehr bestimmend machen. Er sei es leid, dass auch nach fast 30 Jahren Einheit in Ost und West

wild entschlossen, das Alter zu genießen.“ Mit diesem Satz endet auch Gysis Buch. Wieder ein Satz, der mit „Ich“ anfängt.

Zwei Zusatzbemerkungen: Gregor Gysi spendet an diesem Abend 200 Euro für das AWO Büro Kindermut, das sich für Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlicher einsetzt. Die AWO sagte DANKE.

Wir setzen gern unser Danke drauf für die Mitarbeiter*innen um den Leiter der AWO-Ehrenamtsagentur, Bernd Schulze. Sie können im 100. Jahr der AWO auf ein besonders erfolgreiches Jahr zurück blicken. Und wir sind so gut wie sicher, dass wir in der Reihe „Forum Ehrenamt“ – eine bessere Werbung für ihre Wohlfahrtsorganisation gibt's kaum – auch im nächsten Jahr wieder Besonderes erleben werden. Viel Erfolg auch dabei! -bm



Unterstützt mit Cuba Si die Geburtsklinik „Ramon Gonzalez Coro“ in Havanna!



Fragt man einen Kubaner nach den Vorzügen seines Landes, nennt er mit Sicherheit auf Anhieb die kostenlose medizinische Versorgung. Der kubanische Staat investiert einen Großteil seines Haushalts u.a. in die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, von Schwestern und Pflegern. An der Medizinischen Hochschule für Lateinamerika (ELAM) werden tausende Studenten aus ganz Lateinamerika und der Karibik, ja sogar aus den Vereinigten Staaten zu Ärzten ausgebildet, und zwar kostenlos.

„Gratis pero cuesta“ (kostenlos aber es kostet) - diese Zeile kann man in vielen Krankenhäusern lesen und darunter die bei einzelnen Behandlungsmaßnahmen, z. B. auch Operationen, anfallenden Kosten. Diese Entwicklung und vor allem die inhumane und unter der Trump-Administration verschärfte Blockade macht Kuba schwer zu schaffen und so gibt es selbst in profilierten Einrichtungen Engpässe an Medikamenten und Verbrauchsmaterialien und einen erheblichen Bedarf an moderner Medizintechnik.

Dies konnten unsere Freunde im März 2018 während einer von Cuba Si und vom ICAP (Kubanisches Institut der Völkerfreundschaft) organisierten Reise hautnah erleben. Drei unserer Freunde, ergriffen kurz darauf die Initiative zur Gründung der Unterstützungsgruppe „Geburtsklinik Ramon Gonzalez Coro“. Diese Klinik ist Nationales Referenzzentrum für Risikoschwangerschaften, Frühgeborene, Neugeborene und für die Diagnostik und Behandlung der Unfruchtbarkeit. Wir begannen mit der Sammlung von Sachspenden, überwiegend ausgesonderte aber noch gut funktionierende Medizintechnik, die wir aus Krankenhäusern von Luckenwalde, Dresden-Neustadt, Freital, Jena, Chemnitz, Berlin-Buch und Potsdam übernehmen konnten. Spezielle Verbrauchsmaterialien für die geburtshilfliche Abteilung spendete die Herstellerfirma, deren Chefin bereits in Havanna die Bekanntschaft von Geburtshelfern gemacht hatte.

Nachdem das Krankenhausprojekt auch in der Finanzplanung 2019 von

Cuba Si verankert war und sich ein erfreulicher Spendensegen für das Projekt abzeichnete, konnten wir nicht nur Verbrauchsmaterialien sondern auch hochwertige Medizintechnik beschaffen, so zum Beispiel ein Ultraschallgerät für die Untersuchung des Herzkreislauf-Systems (18.500 Euro), Geräte zur Untersuchung und Behandlung der sogenannten Neugeborenen-Gelbsucht (7.500 Euro) und einen Neugeborenen-Inkubator (Brutkasten - 6000 Euro). Bisher wurden die Materialien bei Besuchsreisen, per Container und per Luftfracht an unsere Companeras und Companeros geliefert. Ein großer (40-Fuß) Container mit Betten, Matratzen, Verbrauchsmaterialien und Geräten ist noch im November auf die Reise gegangen. Für das kommende Jahr sind Beatmungsgeräte für die Neu- und Frühgeborenen-Intensivstation und Narkosegeräte für die Anästhesieabteilung geplant. Auch eine ärztliche Hospitation an einer profilierten Berliner Klinik ist angedacht. Dafür brauchen wir für Kuba und das Krankenhaus vor allem eines: Geld, Geld und nochmals Geld - und natürlich auch geeignete Sachspenden. Viva Cuba, Viva la Revolucion!

Dr. Rainer Lindemann
Abeitsgemeinschaft Cuba si beim Zentralvorstand DIE LINKE

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Si
Empfänger: DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX
Verwendungszweck "Kuba muss überleben/KRH2019"

Stadtverwaltung prüft weiteren Standort

Die Landeshauptstadt Potsdam prüft den Neubau von Bürogebäuden für die Verwaltung außerhalb des heutigen Verwaltungscampus. „Aufgrund unzureichenden Brandschutzes in bestehenden Gebäuden auf dem Campus, einem großen Sanierungsaufwand der Gebäude und gleichzeitig fehlenden Büroflächen als Ausweich für die Kolleginnen und Kollegen während der Sanierungsarbeiten, haben wir uns entschieden, die Prüfungen für einen Neubau zu starten“, sagte Oberbürgermeister Mike Schubert. „Wir müssen uns ernsthafte Gedanken machen, wie wir als Verwaltung moderne und attraktive Arbeitsplätze schaffen, um einerseits ausreichend Personal für die Aufgaben der Verwaltung zu gewinnen und andererseits den Bürgerinnen und Bürgern einen attraktiven Service bieten zu können“, so Schubert. Geprüft werden sollen zwei Varianten. Variante 1: Neubau eines Bürohauses für 1000 Kolleginnen und Kollegen sowie die Sanierung der bestehenden Gebäude auf dem Verwaltungscampus zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Jägerallee. Variante 2: Neubau von Bürohäusern für 2200 Kolleginnen und Kollegen, die schnellere Sanierung des Rathauses Friedrich-Ebert-Straße und die Entwicklung des heutigen Verwaltungsareals für den kommunalen Wohnungsbau und Schulneubau. Die Prüfergebnisse sollen bis zum Sommer 2020 vorliegen. Als ein möglicher Standort wird das Areal früheres Tramdepot Heinrich-Mann-Allee geprüft. Allerdings musste bereits vor sechs Jahren ein Bürohaus aufgrund von Schadstoffen in der Raumluft geschlossen werden, ein weiteres Haus ist seit diesem Sommer nach den Starkregenereignissen nicht mehr nutzbar. Zudem sind die Auflagen des Brandschutzes umzusetzen und die 6.-8. Etage des Hauses 1 ab 2021 ebenso freizu ziehen wie das Dachgeschoss von Haus 10. Aufgrund fehlender Büroflächen in der Stadt in diesen Größenordnungen muss das bislang für den Abriss vorgesehene Haus 2, auf dessen Fläche ein größerer Neubau entstehen sollte, im kommenden Jahr für eine Zwischennutzung saniert werden.

Die Menschenwürde muss im Mittelpunkt stehen

Artikel 1. Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. – Und das gilt auch für Hartz-IV-Empfänger*innen! Nun gibt es Gesetze, die schon bei ihrer Inkraftsetzung von vielen Experten als grundgesetzwidrig bewertet werden. Die verantwortliche Regierung und alle nachfolgenden wussten, dass ihr Gesetz Lücken, Fehler und Mängel aufwies. Wer sich dem System von Fördern und Fordern nicht beugen wollte, wer sich nicht ständig kontrollieren, überwachen, ausspähen und in unsinnigen Maßnahmen und Coachings wiederfinden wollte, wer sich zu spät meldete, Einladungen versäumte, auf schriftliche Aufforderungen nicht wie gewünscht reagierte, miserable Arbeitsangebote ausschlug oder nicht antrat, wurde sanktioniert. Mit sofortiger Wirkung wurde der Bezug von Leistungen zum Erhalt des Lebensunterhalts im ersten Schritt um 30% gekürzt. Hatte die

gewünschte Disziplinierung keinen Erfolg, waren 60% der Grundsicherung weg. Dieses demütigende Schauspiel führte bis zur gänzlichen Einstellung aller Leistungen. Am Dienstag, den 05. November 2019 verhandelte das Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen diese menschenverachtende Praxis. Die Richter*innen befanden, dass Sanktionen gegen sogenannte Hartz-IV-Empfänger*innen von mehr als 30% der Leistungen grundgesetzwidrig sind. Dies ist ein erster Erfolg auf einem langen Weg bis zur Abschaffung des Hartz-IV-Systems. So hat das Urteil des BVerfG keine Auswirkung auf ALGII Empfänger*innen die jünger als 25 Jahre sind. Diese Gruppe kann weiterhin bis zu 100% sanktioniert werden. Die jungen Menschen werden weiter ohne Unterstützung für die Wohnung, ohne Essen und Trinken und was sonst zum Überleben gebraucht wird, allein gelassen. Und dann die Frage: gilt das Grundgesetz für alle? Gibt es Unter-

schiede zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt? Kann man die Würde des Menschen um 30%, 60% oder in Gänze kürzen?

Das BVerfG vergibt die Chance, die Sanktionen für alle komplett abzuschaffen. Dafür werden wir weiterhin kämpfen. Für eine menschenwürdige sanktionsfreie Grundsicherung!

Dietmar Glapski – rbb (ROTHER BASIS BE- RICHT)



Eis macht heiß und mehr – im Filmpark

Die Eisbahn im Filmpark Babelsberg. Eine glitzernde Eiswelt wird ab 30. November in der Caligari Halle im Filmpark Babelsberg entstehen. Kleine und große Schlittschuhläufer sind bis zum 1. März 2020 zum Spaß auf Kufen, zum Eisstockschießen, zum Klassenausflug, zu Kindergeburtstagen, Privatfeiern oder exklusiven Firmenfesten willkommen.

Feste feiern! Lust auf „Partys on ICE“? Hier kann mit der ganzen Familie, guten Freunden oder netten Kollegen gefeiert werden. Ob der Kindergeburtstag, das „Get together“ der Firma oder der lustvolle Junggesellenabschied – die Babelsberger Eventprofis inszenieren jedes Fest! Auf Wunsch kann auch die komplette Eisbahn außerhalb der regulären Öffnungszeiten für besondere Anlässe gebucht

werden.

Die Kufen rufen! Der Verleih von Schlittschuhen in fast allen Größen (ab Schuhgröße 26), in Top-Qualität und zu fairen Preisen, gehört zum Service der Eisbahn. Mit den vor Ort erhältlichen Lauflernhilfen machen selbst Anfänger eine gute Figur auf dem Eis. Eigene Schlittschuhe kann man vor Ort „tunen“ lassen. Der Schlittschuhschleifer ist dafür rund um die Uhr im Einsatz...

Die WEIHNACHTSDINNERSHOWs im Erlebnisrestaurant „Prinz Eisenherz“. Vom 28. November bis 31. Dezember 2019 erstrahlen die Spots zu den beliebten und traditionellen WEIHNACHTSDINNERSHOWs. Ausgewählte Künstler verzaubern über drei Stunden mit Livemusik, Artistik und Feuershow das Publikum. Kulinari-



sche Köstlichkeiten umrahmen die aufwendig inszenierten Events. Wer dabei sein möchte, ob mit Familie, Freunden oder Kollegen, sollte recht-

zeitig buchen. Längst haben sich die vorweihnachtlichen Abende als Geheimtipp etabliert.

Home: www.filmpark-babelsberg.de



Unsere Charlotte wurde 106!!!

Am 13. September feierte unsere Genossin Charlotte Lux ihren 106. Geburtstag. Wie jedes Jahr waren wir auch diesmal zur Gratulationscour bei ihr. So auch Martina Trauth, inzwischen zu unserer Potsdamer Linken-Chefin gewählt, hatte mit vielen anderen Gästen einen fröhlichen und sehr erinnerungsreichen Nachmittag.

ANITA TACK

Die Jeckenzeit hat begonnen!



Die beiden Potsdamer Karnevalsvereine PKC und Narrenschiff haben am 11.11. mit der traditionellen Machtübernahme im Rathaus die fünfte Jahreszeit eingeläutet. Der Rathaussturm wurde von viel Musik, Geschunkel und heiteren Büttreden begleitet. Angeführt von Ihrer Lieblichkeit Prinzessin Nicole I., der Präsidentin des PKC, Birgit Däßler sowie dem Außenminister des Narrenschiffs, Jörn Kupke, dem Funkenmariechen und dem Musiker

Wolfgang „Schulle“ Schulz, übergab Oberbürgermeister Mike Schubert dem närrischen Zug freiwillig den Rathaus Schlüssel. Das Narrenschiff zog mit ihrem Schlachtruf: „Narrenschiff Helau“ ein, der Potsdamer Karneval Club-Schlachtruf „PKC Helau“ - zu seiner 53. Saison unter dem Motto „Locker vom Hocker“ mit gelben Schärpen mit dem Schriftzug „Monday for Sunday“.

FOTO: MPP/CHRISTINE HOMANN

Wie werden wir im Alter leben?

Ist Pflege noch bezahlbar? Mit dieser Frage hatte die AG Senioren unserer Partei gemeinsam mit der Potsdamer Volkssolidarität zu einer Informationsveranstaltung am 14. November eingeladen. Und schon die Örtlichkeit – die Begegnungsstätte und Cafe „Havelterrasse“ auf dem Kiewitt – war an sich schon einladend genug: mit einem tollen Blick auf die Havel. Auch die vielen Fragestellungen im Einladungstext, die vielen Probleme betreffend, die auf jeden Betroffenen zukommen – all das hatte dafür gesorgt, dass die Veranstaltung gut besucht war. Und sicher sorgte auch das „Präsidium“ dafür, dass viele Teilnehmer erschienen waren. Allen voran die scheidende Gesundheitsministerin Susanna Karawanskij, das Mitglied



des Landtags Ronny Kretschmer, die Potsdamer Vorsitzende der Volkssolidarität, Dr. Gabriele Herzel, und Oliver Treffer von der LAG. Selbstverständlich konnte das Präsi-

dium die Fragen und Probleme, die einzelne Teilnehmer mitgebracht hatten, nicht lösen. Besonders die Probleme nicht, von denen Gäste aus einzelnen Pflegeeinrichtungen berichteten.

Vollkommen einig waren sich die Teilnehmer aber darin, dass es ein Unding sei, dass man ein Leben lang arbeitet und sich dann im Alter die entsprechende Pflege nicht leisten kann. Und einig war man sich auch darin, dass der Pflegberuf attraktiver werden muss. Vor allem aber muss verstärkt – neben den finanziellen Problemen – der Mensch im Mittelpunkt stehen. So betonte Oliver Treffer, dass es nicht um Rendite gehen darf. Und letztlich braucht Brandenburg mehr Beratungsstellen, um z. B. rechtzeitig zu klären wie man/frau im Alter wohnen wird. Alles in allem ein sehr interessanter Nachmittag für die TeilnehmerInnen.

BERND MARTIN